

Bern | Ständerat macht Stromnetz fit für die Energiewende

Engpässe beseitigen

Im Schweizer Stromnetz gibt es Engpässe, der Ausbau geht schleppend voran. Die schwankende Produktion aus erneuerbaren Energien verursacht zusätzliche Probleme. Einstimmig hat der Ständerat am Donnerstag eine Gesetzesänderung gutgeheissen, mit der diese Herausforderungen bewältigt werden sollen.

Das Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze hat zum Ziel, dass Leitungen mit der benötigten Kapazität rechtzeitig zur Verfügung stehen. Es setzt bei der Netzentwicklung an. Energiewirtschaftliche Szenarien des Bundesamts für Energie dienen als Basis für die Ermittlung des künftigen Netzbedarfs und für die Planung des Netzausbaus. Um die Verfahren zu beschleunigen, werden die Fristen verkürzt. Die Natur- und Heimatschutzkommission beispielsweise hat nur noch drei Monate Zeit für ein Gutachten. Mit dem gleichen Ziel hatte der Bundesrat auch vorgeschlagen, Projekte von untergeordneter Bedeutung vom Plangenehmigungsverfahren auszunehmen. Der Ständerat beschloss jedoch ein anderes Konzept: Anlagen über 36 Kilovolt (kV) sollen grundsätzlich dem Plangenehmigungsverfahren unterstehen, wobei der

Bundesrat Ausnahmen machen kann. Bei Bedarf soll er auch Projekte mit tieferer Spannung dem Plangenehmigungsverfahren unterstellen können.

Bessere Akzeptanz

Zusätzlich beschleunigt werden sollen die Verfahren durch eine tiefere Zahl von Beschwerden. Um das zu erreichen, wird die Bevölkerung stärker einbezogen. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit soll für mehr Transparenz und bessere Akzeptanz der Leitungsprojekte sorgen.

Ins gleiche Kapitel gehört das Thema Erdkabel. Künftig soll das Verteilnetz grundsätzlich in der Erde verlegt werden, sofern dies höchstens dreimal mehr als eine Freileitung kostet. Kosten, die diesen Faktor überschreiten, dürfen den Endkunden nicht in Rechnung gestellt werden. Diese technischen Vorgaben zur Förderung von Erdkabeln erwiesen sich als politisches Herzstück der Vorlage. Viele Ständesvertreter wussten von Widerstand gegen Freileitungen in ihren Regionen zu berichten. «Unter diesen Freileitungen wohnen Menschen, und diese Menschen haben Ängste», sagte Beat Rieder (CVP/VS).

Ein anderer Entscheid kommt den Schweizer Stromproduzenten zugute. Der Ständerat will ihnen erlauben, den selber produzierten, tendenziell teureren Strom in der



Energiewende. Beat Rieder, CVP/VS, spricht im Ständerat.

FOTO KEYSTONE

Grundversorgung abzusetzen. Den Preisvorteil eingekauften Stroms müssten sie nicht weitergeben. Andernfalls wären Elektrizitätsversorger, die selber Strom produzieren, schlicht nicht mehr konkurrenzfähig, warnte Beat Vonlanthen (CVP/FR). Bundesrätin Doris Leuthard sprach sich dagegen aus. Mit dieser Lösung subventionierten die Haushalte die Grossunternehmen, die sich am liberalisierten Strommarkt eindecken könnten, sagte sie.

Weiter hat der Ständerat die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des intelligenten Stromnetzes und intelligenter Haussteuerungen verbessert. | sda